

Inhaltsverzeichnis

A. Fragestellung und tatsächlicher Ausgangspunkt	9
B. Rechtsbindungswille im Atomkonsens	11
I. Rechtliche Voraussetzungen der Rechtsbindung	11
II. Auslegungsgesichtspunkte	14
1. Auslegungsgesichtspunkte aus der Vereinbarung selbst	14
a. Wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung	14
b. Detaillierte Einzelregelungen statt vager Allgemeinplätze	16
c. Verbindliche Formulierungen	17
d. Kontrast zwischen verbindlichen und weichen Formulierungen	19
e. Einigung trotz unterschiedlicher Grundhaltungen	21
2. Auslegungsgesichtspunkte aus den Äußerungen der Beteiligten	22
a. „Umsetzung“ kein Argument	23
b. Ablehnung der Verbindlichkeit: Äußerungen aus der Bundesregierung	24
c. Sprachliche Hinweise auf Verbindlichkeit	26
(1) Bundesregierung und Gesetzentwurf	26
(2) Energieversorgungsunternehmen	30
d. Zwischenergebnis und spätere Klarstellung einer Meinungsverschiedenheit	30
3. Auslegungsgesichtspunkte aus dem Umfeld	32
a. Verhältnis zum sog. Eckpunktepapier	32
b. Erledigung durch Erlaß des AtomG?	34
c. Förmlichkeiten des Vertragsabschlusses und umfassende Verhandlungen	36
d. Erwähnung im Koalitionsvertrag 2005	37
e. Abwehr von Entschädigungsansprüchen	37
f. Kontrast zu unverbindlichen Vereinbarungen und „Verpflichtungen“	39
(1) Bündnis für Arbeit	40

(2) Selbstverpflichtung zur Klassifizierung von Textilhilfsmitteln	41
(3) Vereinbarung zum Umgang mit invasiven Arten	41
(4) Vereinbarung zur Kraft-Wärme-Koppelung	42
4. Zwischenergebnis	43
C. Mögliche weitere Aspekte der Rechtsbindung	45
I. Verhältnis von Rechtswidrigkeitsgründen zu mangelndem Rechtsbindungswillen	45
II. Unmöglichkeit der Bindung des Gesetzgebers	47
1. Bindung des Gesetzgebers als Argument für Unverbindlichkeit	47
2. Atomkonsens als Bindung allein der Bundesregierung	49
a. Bindung der Bundesregierung, nicht des Parlaments	49
b. Formale Bindung der Bundesrepublik Deutschland	50
c. Bindung späterer Bundesregierungen: Kontinuitäten und Diskontinuitäten	51
3. Probleme einer Bindung der Bundesregierung?	53
III. Unverbindliche Einzelklauseln und Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	56
IV. Politischer Druck	58
V. Vertrag zu Lasten Dritter?	59
VI. Fehlende Vertretungsberechtigung?	61
VII. Kategorisierungsversuche	62
VIII. Rechtsgrundlage im Verwaltungsverfahrensgesetz?	64
1. Verfassungsrechtlicher Vertrag	64
2. Ermächtigung durch §§ 54ff. VwVfG analog oder durch allgemeine Rechtsgrundsätze	66
3. Vertragsschluß ohne gesetzliche Ermächtigung	67
D. Ergebnis	71